Czine Ágnes¹:

De Einfluss der Reformation auf das juristische Denken in Europa und Calvin als Kenner der Grundsätze des materiellen Strafrechts und des Verfahrensrechts

Abstract:

“The Impact of Reformation on European Legal Thinking, and Basics of the Knowledge of Material Penal Law and Procedural Law in Calvin”

The author tackles well-known events of Reformation from a different angle: the data are evaluated from the point of view of the legal development of European thinking. Stress is being laid upon the influence of the Reformers' acts and writings on later works of lawyers which are of historic importance for us. The role of John Calvin among his contemporaries was excellent as he influenced the whole of society by the development of Church order. His lasting authority is being measured by the subsequent theories of law and order in European thinking.

Keywords: Reformation, Calvin, European society, Penal and Procedural Law

Drei Jahre nach dem 500. Jubiläum der Reformation habe ich im Rückblick die nachfolgenden Gedanken formuliert. Die Frage lautet, welchen Einfluss die Tat hatte, dass Martin Luther am 31. Oktober 1517 seine 95 Thesen am Portal der Schlosskirche in Wittenberg angeschlagen hat. Diese Tat galt damals, zu Beginn des 16. Jahrhunderts, als enorm mutig und als unbedingter Ausdruck der Gedanken- und Meinungsfreiheit. Es handelte sich jedoch um weit mehr als um eine mutige Tat. Sie setzte eine geistige und ideologische, kirchliche und gesellschaftliche „Bewegung“ in Gang, die nach einiger Zeit nicht mehr aufzuhalten war. Diese verbreitete sich wie ein Lauffeuer in

¹ Czine Ágnes: jogász, a magyar Alkotmánybíróság alkotmánybírája, a Károli Gáspár Református Egyetem rektorhelyettese.

Europa, obgleich mit zahlreichen Mitteln versucht wurde, dieses Feuer zu löschen. Die angezündete Flamme wurde zur Glut und ist nicht erloschen: Sie brennt seit 503 Jahren unverändert. Damit begann auch in der Geschichte der Menschheit eine neue Epoche.

„Sobald das Geld im Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt!“ Der für Geld erkaufte Sündenerlass, der Verkauf der Ablassbriefe hat das Fass zum Überlaufen gebracht und so die Reformation, die Erneuerung in Gang gesetzt. Das von Martin Luther verfasste Dokument der „95 Thesen“, das eine Debatte in Gang setzte, gilt als Auslöser der Reformation. Die zentralen Themen der Thesen waren: Bekehrung, Buße und dass der wahre Schatz der Kirche das Evangelium sei. Auf solche biblische Art und Weise ging Luther an die Frage des Verkaufs der Ablassbriefe heran und suchte nach der Antwort auf die Frage, worauf sich die Kompetenzen der Bischöfe und des Papstes erstrecken sollten.

Die Verbindungen zwischen Religion, Moral und Recht haben eine sehr lange Geschichte. Zu Beginn der archaischen Epoche bestanden die Elemente der drei Normensysteme (*ius*, *fás* und *mos*, also die Normen des Rechts, die religiösen {sakralen} und die moralischen Normen) nebeneinander und kamen nebeneinander zur Geltung. In Bezug auf bestimmte Elemente des einheitlichen Normensystems setzte sich jedoch nach und nach die Ansicht durch, ihre Einhaltung könne erwartet und ihre Missachtung bestraft werden. Dadurch, also durch die Gewohnheiten und die Strafen, verfestigte sich die Verbindlichkeit dieser Regeln, was dazu führte, dass sie von den urtümlichen Normensystemen abgespalten wurden. Auf diese Weise wurden die rechtlichen Normen schließlich von den religiösen und moralischen Normen abgegrenzt und begannen, sich eigenständig zu entwickeln. Auf diesen Prozess hatte viele Jahrhunderte später die Gedankenwelt der Reformation einen starken Einfluss.

Die geistige Bewegung der Reformation trat in Westeuropa in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts auf. Ihr Ziel war es, die theologische, moralische und organisatorische Erneuerung der christlichen Kirche zu erreichen.²

² Hársing, László: Az európai etikai gondolkodás [Ethisches Denken in Europa]. Bíbor Kiadó, Miskolc 2001. S. 97.

Die Lehren und der Einfluss der Reformation machten aber nicht an den „Grenzen“ Westeuropas halt, sondern gelangten durch die Schriften von Richard Baxter und John Bunyan auch nach Nordamerika. Dadurch durchdrang die Reformation außer der westeuropäischen auch die nordamerikanische Gesellschaft und Kultur, das nordamerikanische religiöse und moralische System.³ Von ihren Denkern sind vor allen Martin Luther, Ulrich Zwingli und Johannes Calvin unvergesslich. Und die Ziele, die die Reformation erreicht hat, gingen schließlich weit über die ursprünglichen Zielsetzungen hinaus. Die Reformatoren beeinflussten zusätzlich zur Erneuerung der Kirche und der kirchlichen Lehren auch die sozialen, wirtschaftlichen, politischen, kulturellen, künstlerischen und bildungsbezogenen Ansichten. Die seelische Erneuerung ging sogar mit sozialem und politischem Radikalismus einher.

Michael Stolleis legt in seiner Arbeit *Reformation und öffentliches Recht in Deutschland*⁴ ausführlich dar, welchen Einfluss die Reformation in Deutschland auf das öffentliche Recht hatte. Die Grundlage für die Richtungsänderung stellt die Gründung der Universitäten dar. Während es 1506 im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation 15 Universitäten gab, stieg ihre Zahl von 1540 bis 1700 auf 40. Von den 40 Universitäten waren 22 protestantisch und 18 katholisch. Die unmittelbare Folge der Möglichkeit zum Studium war, dass sich auch der Prozentsatz der Personen mit einem Universitätsabschluss erhöhte, und die spätere Wirkung besteht darin, dass die herausragendsten Vertreter des wissenschaftlichen Lebens, die protestantischen Rechtswissenschaftler, aus den Reihen der jungen Leute stammten, die an einer protestantischen Universität studiert hatten. Die Vertreter der Ideen- und Gedankenwelt der protestantischen Universitäten beeinflussten auch das Ideensystem und die Rechtsauffassung der Rechtswissenschaftler, die ihr Wissen an katholischen Universitäten erworben hatten. Stolleis streicht in seiner

³ Hársing, op. cit. S. 97.

⁴ Stolleis, Michael: *Reformation und öffentliches Recht in Deutschland*. Vortrag an der Universität Salamanca im Rahmen eines Luther-Symposiums vom 9.–12. November 1983.

Abhandlung heraus, dass an den Universitäten Jena, Marburg und Gießen bereits die ersten Ansätze des öffentlichen Rechts zu finden waren, ebenso an den Reichsuniversitäten in Straßburg und Altdorf. An der Universität Straßburg begann Georg Obrecht bereits 1586 mit seiner Vorlesung mit dem Titel *De iurisdictione, imperio et foro competente*⁵, und in Altdorf wurde einige Jahre später unter den Studienfächern eines mit der Bezeichnung *Disputatio de iure publico* angeboten.⁶

Wenn es um die Reformation geht, sind die Persönlichkeit, die Spiritualität, die mutige Initiative, die Standhaftigkeit, der flammende Eifer Luthers und Calvins und das „Erbe“ all dessen von unumstößlicher Bedeutung. In der Geschichte der Menschheit wurden für große Ereignisse und Ideen große Menschen geboren, Luther und Calvin wurden als große Persönlichkeiten, als Propheten geboren.

Luther und Calvin sind die beiden großen Ideologen und Begründer der Reformation. Ihr Wirken und ihre Rolle sind jedoch unterschiedlich. Man kann sagen, dass Luther mit seinen Lehren zur Trennung von Kirche und Staat die Grundlagen für die „politische Theologie“ der Reformation geschaffen hat. Er hat dabei im Wesentlichen die Regeln für die „Kompetenzen“ von Staat und Kirche verfasst, hat Staat und Kirche ihre Kompetenzen zugewiesen. Calvin hat diese Lehren nicht nur übernommen, sondern sie auch weiterentwickelt, insbesondere in seinen Ansichten zu den Organisationsformen der Staatsmacht. Damit hat er die organisatorischen Schlüsse aus der Aufteilung der Kompetenzen gezogen und Kirche und Staat konsequent organisatorisch voneinander getrennt. Das wird als Erklärung dafür angeführt, dass die Reformation nicht in erster Linie mit der Vermittlung Luthers, sondern mit der Calvins Einfluss auf das politische Denken, seine

⁵ Schindling, A.: Humanistische Hochschule und Freie Reichsstadt. Gymnasium und Akademie in Straßburg 1538–1621. 1977. S. 307 f., 318.

⁶ Die genannte Disputation stammt von Arnold Clapmarius (vgl. zu ihm G. Oestreich, NDB 3, 1957, S. 260).

Entwicklung und die Entwicklung der politisch-rechtlichen Institutionen ausgeübt hat.⁷

Luther formulierte Erwartungen an die Fürsten und Herrscher und berief sich dabei auf die Naturordnung, die Naturgesetze sowie auf den gesunden Menschenverstand und auf die Heilige Schrift. Er formulierte außerdem das Recht auf Widerstand. Diese Erwartungen stellten für die „Politiker“ der Zeit natürlich eine hervorragende Grundlage dar. Luthers Lehren werden auch als „Keime der Verfassungsidee“ verstanden.⁸ „Zur Zeit der Renaissance und der Reformation erlebte Europa eine der größten moralischen Krisen seiner Geschichte.“⁹ In einer solchen Umgebung zeigte sich ein sehr starkes Bedürfnis nach einer Ordnung der Verhältnisse, die der Gesellschaftsordnung zugrunde liegen, und der Bereinigung der zwischenmenschlichen Beziehungen. „Das charakteristischste Ideal dieser neuen Moralordnung erarbeitete die calvinistische Richtung der Reformation {...}“¹⁰

Calvin lebte unter dem Namen Jean Cauvin und später als Johannes Calvinus. Er war das zweite Kind von Gérard Cauvin. Seine Studien wurden aus Einnahmen des Pfarrbezirks finanziert. Er kam 1523, damit er vor der Pest sicher war, nach Paris, wo er zusammen mit den Neffen des Bischofs von Noyon studierte. Dort erlernte er das Lateinische auf muttersprachlichem Niveau.

Einen sehr großen Einfluss auf Calvins Laufbahn, Lebenswerk und Denkweise – als Sohn des Justizars von Noyon – hatte der Umstand, dass er an den besten juristischen Universitäten seiner Zeit – in Orléans und in Bourges – bei den besten Rechtsgelehrten studierte. Dem Pfad des humanistischen Wissensdurstes und der

⁷ Kovács, István: Magyar Alkotmányjog [Ungarisches Verfassungsrecht]. József Attila Tudományegyetem Állam- és Jogtudományi Kar, JATE Kiadó, Szeged 1990. S. 274.

⁸ Dr. Birkás, Antal: Luther és Kálvin, illetve a protestantizmus hozzájárulása az alkotmányeszmé megszületéséhez [Luther und Calvin beziehungsweise der Beitrag des Protestantismus zur Entstehung der Verfassungsidee]. <http://reformacio2017.hu/index.php/2014/08/15/luther-es-kalvin-illetve-a-protestantizmus-hozzajarulasa-az-alkotmanyeszme-megszuletesehez/>

⁹ Hársing, op. cit. S. 99.

¹⁰ Hársing, op. cit. S. 100.

humanistischen Lebensanschauung folgend wurde er nicht nur zum Reformator, sondern legte auch seine Ansichten über das Verhalten, das der Einzelne gegenüber der Regierung an den Tag zu legen hatte, als entscheidendes Merkmal der Beziehungen zwischen dem Einzelnen und dem Staat dar.

Die fortschrittliche Art von Calvins Denken zeigte sich bereits in der frühen Phase seines Schaffens, in seinem *Brief an König Franz I.* Darin hat Calvin auch einige Grundsätze des Strafrechts formuliert. Bekanntlich hatte den Vortrag des Medizinprofessors Nicolas Cop zu einem theologischen Thema, der eine große Lawine auslöste – wie die überlieferten „Beweise“ zeigen –, Calvin geschrieben. Zu diesem Schluss ist man gekommen, weil einerseits Calvin in einem Brief an seinen Freund François Daniel ausführlich über alle in dem Brief des Rektors formulierten Thesen berichtet, die Anlass zu Disputen geben können. Andererseits wird in der Bibliothek in Genf ein Exemplar mit der Handschrift Calvins aufbewahrt, auf dem der Sekretär des Reformators, Colladon, vermerkt hat: „Im Namen von Rektor Nicolas Cop geschriebene Rede“¹¹. Calvin wurde im Mai 1534 für kurze Zeit in Haft genommen, jedoch später freigelassen. Danach schrieb er zur Verteidigung seiner Glaubensbrüder einen Brief an König Franz I. Der Brief ist im Wesentlichen ein Plädoyer, bei dessen Abfassung Calvin die wichtigsten Rechtsgrundsätze des Strafverfahrens anwendet. Der Jurist Calvin bezeichnet den König als unparteiisch, weil dieser so ein gerechtes „Urteil“ fällen kann, und erklärt: „*Der Herr, der König der Könige, möge Euren Thron mit Gerechtigkeit festigen, Euren Stuhl mit Unvoreingenommenheit, Eure Majestät*“.

Er betont, dass der König „Anschuldigungen ohne Beweise keinen Glauben schenken solle“. Dadurch weist er ihn darauf hin, dass niemand aufgrund falscher Anschuldigungen verurteilt werden sollte. Eine besondere Bedeutung erhält in Calvins „Verteidigungsrede“ die These, laut welcher es sich gegen die Unschuldsvermutung auswirkt, wenn Verleumder jemanden des schwersten Verbrechens, der

¹¹ Kálvin János Intitutioja [Institutio des Johannes Calvin]. Stichting Hulp Oost Europa, Budapest 1995. S. 6.

staatsfeindlichen, aufrührerischen Tätigkeit bezichtigen. Es ist bekannt, dass organisierte Handlungen, mit denen der Herrscher gestürzt werden sollte, in allen gesellschaftlichen Systemen als die schwersten Straftaten galten. Gegen Verleumdungen führt er die tatsächlichen Handlungen der Beschuldigten an: den Umstand, dass die Beschuldigten aus ihrer Heimat geflohen seien, und dass es jeder Logik widerspreche, dass jemand, der eine aufrührerische Handlung begeht, nicht flüchtet. Als lebenden Beweis weist er darauf hin, dass die Beschuldigten, die geflohen sind und für den Frieden und eine ruhigere Zukunft der Heimat beten, wohl keine Feinde des Landes sein können.

In seinem Hauptwerk, der *Institutio*¹² – und zwar in Kapitel VI –, spricht Calvin von der christlichen Freiheit, der Macht der Kirche und der staatlichen Regierung. Er stellt fest, dass es zwei Arten von Regierungen gibt: Die eine „erstreckt sich auf die Seele, den inneren Menschen und bezieht sich auf das ewige Leben“, die andere dient „lediglich der Aufrechterhaltung der bürgerlichen, der äußeren guten Sitten“¹³. Er unterscheidet klar zwischen „der geistlichen Gewalt Christi und der bürgerlichen Ordnung“. Er betont, dass „[es] gleich [sei], welchen Stand oder Rang du unter den Menschen hast oder nach den Gesetzen welches Volkes du lebst, denn das Reich Christi besteht nicht im Entferntesten in solchen Dingen“. Zugleich weist er darauf hin, dass man die bürgerliche Ordnung nicht als „unreine Sache“ betrachten darf. Er betont, dass es Menschen gibt, die der Meinung sind, in Anbetracht von Gottes Reich gezieme es uns nicht, uns mit „weltlichen und unreinen Dingen“ zu befassen. Diese Menschen fragen, „wozu die Gesetze ohne die Gerichte und Gerichtshöfe gut sein sollten. Was aber hat ein christlicher Mensch mit den Gerichten zu tun? Denn wenn man ohnehin nicht töten darf, wozu brauchen wir dann Gesetze und Gerichte?“ Er hat die Fragen auch beantwortet. Er hat herausgestrichen, dass wir auch hier auf Erden nach einer festgelegten Ordnung leben müssen, deren Anforderungen folgende sind:

¹² Institutio Christianae Religionis

¹³ Kálvin János Institutioja [Institution des Johannes Calvin]. Stichting Hulp Oost Europa, Budapest 1995. S. 198. p.

- sich in die menschliche Gesellschaft einzufügen,
- unsere Moral gemäß der bürgerlichen Redlichkeit zu gestalten,
- die Regeln des menschlichen Zusammenlebens einzuhalten, das heißt, zu lernen, miteinander auszukommen,
- den öffentlichen Frieden und die Ruhe zu stärken und zu schützen.

Diese Begriffe sprechen für sich. Mit ihnen hat er den Anspruch auf die Aufrechterhaltung der Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der öffentlichen Ruhe, des öffentlichen Vertrauens, des Friedens und der *bürgerlichen Ordnung* formuliert.

Der andere große Themenkomplex in seiner Arbeit ist der der bürgerlichen Ordnung. Er betont, dass es hier 3 große Problembereiche gibt:

- die Obrigkeit als Verwalter und Wächter des Gerichtshofes,
- die Gesetze, gemäß welcher die Obrigkeit die Macht ausübt,
- und das Volk, das unter der Herrschaft der Gesetze lebt und der Obrigkeit untersteht.

Er legt dar, worin die Herrschaft der „Obrigkeit“ besteht. Er führt aus, dass diejenigen, die im Staat Herrscher sind und Obrigkeit aufgaben versehen, ihren Auftrag im Wesentlichen von Gott erhalten haben, mit göttlichem Ansehen ausgestattet sind und Gottes Angesicht tragen in dem Sinne, dass sie an seiner statt auftreten. Das leitet er aus der Bibel ab: „*Wenn er Götter die nennt, zu welchen das Wort Gottes geschah – und die Schrift kann doch nicht gebrochen werden*“ (Joh 10,35)¹⁴. Damit veranschaulicht er, dass man die Macht derer, die sie innehaben, akzeptieren muss, weil sie nach Gottes Willen Obrigkeit aufgaben versehen. Es wird eindeutig, dass Calvin die Person und das Ansehen des Kaisers akzeptiert.

Er definiert auch die Aufgaben der „Obrigkeit“, also der Herrscher. Das sind in erster Linie folgende: Gewährleistung der öffentlichen Moral, der öffentlichen Ordnung, des öffentlichen Anstands und der

¹⁴ Calvin, op. cit. S. 300.

öffentlichen Ruhe, das heißt, sie müssen auf das Wohlergehen der Gemeinschaft und auf den Frieden achten. Er definiert auch die Kooperation der Gemeinschaft, die auf drei Pfeilern ruht; er sieht die Gewähr dafür in der Aufteilung der Macht zwischen Kaiser, Fürsten und Magistrat. Der Gedanke des Widerstands gegen die Macht kommt bei Calvin zwar vor, er hält ihn jedoch nur ausnahmsweise und nur aus Gewissensgründen oder aus religiösen Gründen für akzeptabel. Er behandelt den Widerstand nur als Ultima Ratio. Die Zwang anwendende Macht – die durch das Schwert verkörpert wird – umfasst laut seiner Argumentation 3 Bereiche: die Rechtspflege, die Kriegsführung und die Aufrechterhaltung der Ordnung.

Er spricht sich eindeutig für den strengen Schutz der öffentlichen Ordnung aus – und nimmt erneut die Heilige Schrift zu Hilfe –, wenn er festhält, dass die „Guten“ vor den „Bösen“ geschützt werden müssen, diejenigen, die unverhohlenen Verbrecher und Übeltäter sind, streng eingeschränkt werden müssen, und ihre Taten die öffentliche Ruhe nicht stören dürfen. Röm 13:3–4) Er erwähnt auch die Lehren Solons, wenn er erklärt, zur Aufrechterhaltung der ganzen Ordnung des öffentlichen Lebens brauche es sowohl Belohnungen als auch Strafen, andernfalls würde sich alle Disziplin des bürgerlichen Lebens auflösen. Für die Guten ist Anerkennung und für die Bösen eine strenge Bestrafung unerlässlich. Über die Notwendigkeit der Strafe hinaus weist er auf ihre Angemessenheit hin. Wenn die Strafe nicht streng genug ist und nicht ausreicht, um die Menschen davon anzuhalten, weitere Straftaten zu begehen, ist das ebenso schädlich, wie wenn eine zu strenge Strafe verhängt wird. Damit legt er im Wesentlichen den Zweck der Strafe fest.

Er leitet auch die Art, wie die „Obrigkeit“, also diejenigen, die die Macht haben, die Macht ausüben sollen, das heißt, welche Grundsätze sie beachten müssen, während sie die Macht ausüben, aus der Heiligen Schrift ab. Es folgen diejenigen Grundsätze, die im Wesentlichen auch bei der Durchführung des Strafverfahrens gelten. Das sind folgende: Die Feststellung der Schuld darf nur anhand von Beweisen erfolgen, freie Beweisführung, Gleichheit vor dem Gesetz, Unabhängigkeit und Unvoreingenommenheit der Person, die ein Urteil fällt. Er legt

besonderes Gewicht darauf, dass auch benachteiligte Personen Schutz erhalten sollen. Deshalb zitiert er aus Jeremia 22,3: „Schaffet Recht und Gerechtigkeit und errettet den Bedrückten von des Frevlers Hand und bedrängt nicht die Fremdlinge, Waisen und Witwen und tut niemand Gewalt an und vergießt nicht unschuldiges Blut an dieser Stätte.“¹⁵

Seine andere wichtige Frage lautet, *nach welchen Gesetzen* eine christliche öffentliche Ordnung zu errichten ist. Er betrachtet die Gesetze als „stumme Obrigkeit“ und die Obrigkeit als „lebendiges Gesetz“. Er kennt grundsätzlich zwei Arten von Gesetzen: das rituelle, moralische Gesetz und die gesetzlichen Elemente der Gerichtsbarkeit. Das moralische Gesetz fasst er in zwei Lehrsätzen zusammen. Der erste lautet, dass wir Gott mit reinem Glauben und Gnade ehren sollen. Der andere formuliert die Erhaltung der Nächstenliebe. Er zeigt eindeutig auf, dass der „Gerichtsbarkeitsteil“ für die Zwecke der bürgerlichen Regierung bestimmt ist, damit mithilfe dieser Gesetze die friedliche Koexistenz realisiert werden kann.

Laut seiner Argumentation sind bei der Gesetzgebung zwei Kriterien zu beachten. Das eine ist die Gesetzmäßigkeit der Bestimmungen, das andere die Rechtmäßigkeit. Besonders bemerkenswert sind seine Feststellungen zu einzelnen Bestimmungen der Strafgesetze. Er zeigt – anhand von 2. Mose 22,1–13 und 5. Mose 19, 15–21 –, dass Gottes Gesetz Diebstahl verbietet, die einzelnen Völker aber zwischen offensichtlichem und nicht offensichtlichem Diebstahl unterschieden haben. Außerdem haben die „Völker“ haben für Diebstahl unterschiedliche Sanktionen von Auspeitschen über die Verbannung bis hin zur Enthauptung angewandt. Auch für falsches Zeugnis wurden in den verschiedenen Staaten unterschiedliche Strafen angewandt: Die Betroffenen wurden unter anderem mit schwerer öffentlicher Demütigung, Erhängen und Kreuzigung bestraft. Mord wurde mit dem Tod bestraft, es wurden jedoch Unterschiede in der Art der Hinrichtung, also des Strafvollzugs, gemacht. Er erkennt und deklariert, dass in den verschiedenen Staaten

¹⁵ Calvin, op. cit. S. 305.

auf der Grundlage der örtlichen Gegebenheiten und in den verschiedenen Epochen, also *je nach der Zeit, dem Ort und den besonderen Verhältnissen des betreffenden Volkes*, jeweils eine andere Strafpolitik anzuwenden ist.¹⁶

Als dritte Frage hat er sich damit auseinandergesetzt, *welcher Nutzen der öffentlichen Gesellschaft der Christen aus den Gesetzen, den Gerichten und den Obrigkeiten erwächst*. Darüber hinaus geht die viel stärker betonte Frage darüber, inwieweit sich ein Privatmann den Obrigkeiten beugen muss und welchen Gehorsam er ihnen schuldet. Auch im Rahmen dieser Argumentation zeigt sich die Fortschrittlichkeit seines rechtlichen Denkens. Er führt aus, dass Prozessieren für einen Teil der Menschen das Ein und Alles ist und sie unter dem Deckmantel des Gerichts mit Rachsucht und böser Absicht vorgehen, dass ihre Prozessierleidenschaft in Wahrheit Ausdruck ihres Hasses gegenüber ihren Mitmenschen ist. Calvin formuliert den Kern der gutgläubigen Prozessführung, des Gebrauchs der Rechte ohne Missbrauch und des Rechts auf Verteidigung, wenn er sagt, dass der Angeklagte und der Ankläger zu dem Zeitpunkt, zu dem sie vorgeladen wurden, erscheinen müssen, die Argumente zu ihrer Verteidigung und ihre Einwände vortragen müssen und sich nicht von bösem Willen und Rachsucht leiten lassen dürfen. Er lehnt den Standpunkt derjenigen ab, die „alle Arten von Gerichtsverhandlungen verurteilen“¹⁷. Er führt das Beispiel des Paulus an. Als gegen ihn intrigiert wurde, er beschuldigt wurde, hat er sich verteidigt und auch die rechtlichen Vorteile dessen, dass er Bürger Roms war, vor Gericht zur Geltung gebracht. Er hat sogar, als er es für erforderlich hielt, von Rechtsmitteln Gebrauch gemacht und beim kaiserlichen Tribunal Berufung gegen den ungerechten Statthaltereingelegt.

Calvin verlangt, dass der Ankläger im Strafverfahren unparteiisch und unvoreingenommen ist.

Laut dem wichtigsten Lehrsatz des Calvinismus *sind alle Menschen gleich*. Die Gleichheit der Menschen leitet er von der Erbsünde ab, die

¹⁶ Calvin, op. cit. S. 312.

¹⁷ Calvin, op. cit. S. 314.

allen gleichermaßen zur Last zu legen ist, und von der alle nur durch Gottes Gnade befreit werden können. Die Verkündung des Grundsatzes, dass alle Menschen gleich seien, innerhalb der Kirche bedeutet zugleich auch, dass er auch den Staat aus einem Vertrag gleichberechtigter Bürger ableitete.

Die Errichtung einer demokratischen Kirchenorganisation ließ darauf schließen, dass er auch im Falle des Staates die Umsetzung eines ähnlichen Konzepts für möglich hielt.

Ein weiterer wichtiger Lehrsatz besagt, dass die Ämter in der Kirche nicht aufgrund der feudalen Privilegien zu besetzen seien, sondern *die Amtsträger durch Wahl zu bestimmen seien*. Ein gutes Beispiel dafür ist, dass Calvin selbst in sein Amt gewählt worden war. In der Organisation der Calvinschen Kirche gibt es keine Über- und Unterordnung zwischen den Pastoren, sie sind auch untereinander gleich.

Untersucht man die Struktur der Kirche weiter, zeigt sich, dass die Calvinschen Kirchengemeinden untereinander ebenfalls gleichberechtigt sind. Die Organisation der Calvinschen Kirche geht von der Basis aus, ist frei von feudalen Privilegien und eine aus gewählten Amtsträgern bestehende Organisation, in der die Kirchengemeinde ihren Pfarrer und auch ihr aus weltlichen Vertretern bestehendes Presbyterium wählt und somit bereits *in die Richtung der repräsentativen, der parlamentarischen Demokratie weist*, sozusagen ihr Vorbote ist.

Die internen Angelegenheiten der Kirche erledigt das aus den Mitgliedern der Kirchengemeinde gewählte Presbyterium, das im Wesentlichen auch Kontrollfunktionen wahrnimmt und als „Sittengericht“ fungiert. Hier erscheint auch der Gedanke der organisatorischen Trennung von Kirche und Staat. Die zur Entscheidung in disziplinarischen und moralischen Angelegenheiten überwiegend aus Presbytern zusammengestellten Gerichte stellen die Grundlage für die Gewaltenteilung dar.

Mit seiner Formulierung „das Volk, das unter der Herrschaft der Gesetze lebt und der Obrigkeit untergeordnet ist“ hat Calvin in der Tat im Wesentlichen *einen Pfeiler des verfassungsmäßigen Rechtsstaates*

errichtet. Damit aber hat er die Idee der Rechtsstaatlichkeit vorweggenommen.

Bevor er nach Genf zurückkehrte, hatte Calvin bereits in einem 1538 in Straßburg verfassten Brief seine dezidierte Vorstellung vom Inhalt eines Kirchengesetzes formuliert, die im Wesentlichen auch ein Vorbote der Strafrechtspolitik war. Darin erklärt er, dass er die Betrüger (*praestigiatores*), die Traumdeuter und die Mehrweibigen (in Doppellehe Lebenden) als für die Gesellschaft schädlich erachtet. Als er 1541 nach Genf zurückkehrte, ließ er den Anspruch auf die Abfassung eines Kirchengesetzbuches in einem Beschluss verabschieden. Das Gesetzbuch wurde abgefasst und von der Vollversammlung der Kirche verabschiedet. Die Bestimmungen des Gesetzbuches konnten zunächst nur in Genf angewandt werden, doch Calvin wollte erreichen, dass sie auch für die Bewohner der umliegenden Ortschaften galten. In einem harten Kampf erreichte er schließlich, dass der Stadtrat und der Rat der Zweihundert die Geltung der Regeln auf die Bewohner der umliegenden Ortschaften ausweiteten.¹⁸ Das Gesetzbuch besteht aus 2 Teilen. Die Regeln im ersten sind *für die Kirchenordnung maßgeblich*, die im zweiten Teil sind *gesellschaftliche Regeln*. Auch in der Kirchenordnung hat er ausgesprochen strenge Regeln formuliert: Er hat die obligatorische Teilnahme am Gottesdienst und an den sonstigen kirchlichen Anlässen festgelegt. Er hat die Gotteslästerung verboten.¹⁹ Für den Fall, dass jemand diese Pflichten versäumte, hat er die Anwendung einer Geldstrafe oder einer Gefängnisstrafe angeordnet. Im gesellschaftlichen Regelwerk hat er die Verfolgung des Aberglaubens vorgeschrieben, der vier Erscheinungsformen habe: die Götzenverehrung, die Wallfahrt, das Begehen der alten Kirchenfeste und den Besuch der Messe.²⁰ Die Sanktionen für diese Handlungen waren ein Bußgeld oder Zuchthaus. Ähnlich streng wie die vorgenannten Vergehen wurden diejenigen das Tanzen frivoler Tänze

¹⁸ Buzogány, Dezsó: Kálvin állam-és társadalomszemlélete [Calvins Staats- und Gesellschaftsanschauung]. Magyar Tudomány, Nr. 2/2010. S. 147.

¹⁹ Buzogány, op. cit.: Calvin, CR. X. 56.

²⁰ Buzogány, op. cit.: Calvin, CR. X. 55.

oder das Singen unanständiger Lieder bestraft. Er vergaß auch die Wucherer nicht: Er schrieb eine gesonderte Abhandlung über sie und ordnete für den Fall, dass der Wucherzins höher als 5 % sei, als Strafe für sie an, ihnen ihr gesamtes Kapital wegzunehmen und außerdem ein Bußgeld gegen sie zu verhängen.²¹ Damals wurde im Wesentlichen die Erregung öffentlichen Ärgernisses sanktioniert, wenn die Beteiligten von Auseinandersetzungen bestraft wurden, die viele sahen. Im Falle eines Disputs hatte der Pastor den Ort des Geschehens auszusuchen und Frieden zu stiften. Für Unkeuschheit ordnete er besonders schwere Strafen an, je nachdem, ob der Täter verheiratet war oder nicht. Nicht verheiratete Täter erhielten 6 Tage Gefängnis, die sie bei Brot und Wasser absitzen mussten, und hatten außerdem eine Geldbuße zu zahlen. Verheiratete, die Unkeuschheit begangen hatten, wurden zu 9 Tagen Gefängnis bei Brot und Wasser verurteilt und hatten eine höhere Geldbuße zu zahlen. Auch Verlobte wurden wie Unkeusche behandelt, wenn sie im selben Haus lebten. Der zweite Teil des Kirchengesetzbuches enthält nicht nur Regeln des materiellen Strafrechts, sondern auch Regeln für das Strafverfahren. Calvin hat nämlich festgehalten, wie das Verfahren aussah, in dessen Rahmen die Täter vor das Konsistorium gestellt wurden.²²

Der erste Teil des Kirchengesetzbuches – in dem zum Teil die Regeln für die Religionsausübung festgelegt werden –, zeigt, dass Calvin, um das Praktizieren des Glaubens und die Glaubensgemeinschaft aufrechtzuerhalten, sehr strenge Regeln formuliert hat. Man darf nicht vergessen, dass diese strengen Regeln auf jeden Fall erforderlich waren. Sie dienten nicht nur der Gewährleistung dessen, dass der Glaube praktiziert wurde, sondern auch der Erneuerung der Denkweisen, die sich im dunklen Mittelalter über Jahrzehnte verfestigt hatten. Deshalb waren die „Anhänger“ des Aberglaubens zu bestrafen.

Der zweite Teil des Gesetzbuches entspricht im Wesentlichen einem Strafgesetzbuch. Calvin hat nämlich bestimmt, welche

²¹ Buzogány, op. cit.: Calvin, CR. X. 57.

²² Buzogány, op. cit. S. 150.

Handlungen das Individuum in der Gemeinschaft nicht ausführen darf, und was die Gemeinschaft nicht mehr duldet, wofür man also eine Strafe verdient.

Auch dieses Gesetzbuch zeigt Calvins enorme Energie und Arbeit bei der Organisation der Kirche und der Gesellschaft. Damit aus der Reformation neben dem etablierten katholischen Glauben eine neue Kirche hervorgehen und Bestand haben konnte, konnte man nicht darauf verzichten, zusätzlich zur Einhaltung einer strengen Ordnung auch die Regeln des Zusammenlebens festzulegen. Im dunklen Mittelalter, zu Beginn der Renaissance erwies es sich als notwendig, Einfluss auf das Denken und die Ideenwelt der Menschen zu nehmen.

Zur Zeit der Reformation war das rechtliche Normensystem stark mit der Gesellschaft und den moralischen und religiösen Anforderungen, die die Lage des Einzelnen bestimmten, verflochten. So ist es nicht verwunderlich, dass sich die Reformatoren nicht nur mit Religion und Moral, sondern auch mit Recht und Politik befassten und auch in diesen Bereichen bewandert waren. Das war jedoch keine notwendige Voraussetzung dafür, dass die Reformation das Recht und das Rechtsdenken beeinflusste. Die Gedanken, die die Reformation hervorgebracht hat, hätten auch dann einen Einfluss auf das Recht haben können, wenn sich die Reformatoren ausschließlich auf die Entwicklung der Religion konzentriert hätten. Die Ideen selbst haben nämlich einen Inhalt und eine Bedeutung, durch die sie die Ideale und das Denken der Zeit auch ohne das Wirken der Reformatoren beeinflusst hätten. Als solche Ideen nennt Ferencz Finkey die Gewissensfreiheit, die Brüderlichkeit, den Protest gegen die Hierarchie, die puritanische Moral, die Wahrheitsliebe, die politische Freiheit, die Rechtsgleichheit, den Demokratismus und die Selbstverwaltung. Die Reformation hat *„auch ein Beispiel für die Verbindung von Politik und Moral gezeigt sowie die Grundsätze der Religionsfreiheit und der Gedanken- und Meinungsfreiheit geschaffen“*.²³

²³ Dr. Finkey, Ferencz: Mit köszönhet a jog és a politika a reformációnak? Emlékbeszéd 1903. október 31-én [Was haben Recht und Politik der Reformation zu verdanken? Festrede am 31. Oktober 1903]. Sárospataki Lapok, Nr. 49. S. 1144.

Die gesellschaftlichen Veränderungen jener Zeit begünstigten die Verbreitung der reformatorischen Ideen. Im 16. und 17. Jahrhundert wurden die Grundlagen für den französischen und den englischen Zentralstaat geschaffen. Damals wurde auch die Verschmelzung zu einer Einheit Wirklichkeit, die beispielsweise dazu führte, dass Burgund und die Bretagne Teil des französischen Staates wurden. Allerdings lief im Römischen Reich deutscher Nation zur selben Zeit ein der Vereinheitlichung entgegengesetzter Prozess ab, indem sich die Zergliederung fortsetzte. Man kann feststellen, dass *beide Prozesse nicht unabhängig von der Reformation abliefen*. Ja sogar infolge der Reformation. Der Dreißigjährige Krieg wurde mit dem Westfälischen Frieden von 1648 abgeschlossen, der im Grunde 300 souveräne Einheiten anerkannte. Die enorme Bedeutung des Westfälischen Friedens zeigt sich nicht nur darin, dass er die Religionsfreiheit und die Unabhängigkeit mit kollektiven Sicherheitsgarantien untermauerte, sondern auch darin, dass eine erhebliche Zahl der infolge der Reformation im 16. Jahrhundert aufgestellten Theorien zur Staatssouveränität auch in der Praxis realisiert werden konnte.

Als Vorläufer der Menschenrechte und der Grundfreiheiten werden gewöhnlich die Revolutionen im England des 17. sowie im Frankreich und im Amerika des 18. Jahrhunderts genannt. Die Vorbereitung auf diese Revolutionen und der Ursprung ihrer Ideen war jedoch die Reformation selbst. „Der Protestantismus ist jene Hauptwurzel, aus der unsere ganze nachfolgende Zivilisation entspringt.“²⁴ „Die Macht und die Kraft der Freiheit des Glaubens, die in der Reformation zur Geltung kamen, waren jene Kraft, die die alten Vorurteile vernichtet hat, die den allmächtigen Staat gezwungen hat, die Rechte des Menschen, des Einzelnen anzuerkennen.“²⁵

²⁴ Finkey op. cit. 1145. p.

²⁵ Hörk, József: A reformáció egy sokáig fel nem ismert áldásáról [Über eine lange nicht erkannte Segnung der Reformation]. Evangélikus Óralló. 1905. Budapest. Nr. 13. S. 130.

Georg Jellinek²⁶ hat sich in seinem Werk bemüht, nachzuweisen, dass die Menschenrechte, die dem Einzelnen, dem Staatsbürger gegenüber dem Staat zustehen, Errungenschaften der Reformation sind. Jellinek, der an der Universität Heidelberg Staatsrecht lehrte, hat in seiner Arbeit *Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte* nachgewiesen²⁷, dass *die Menschenrechte eine Errungenschaft der Reformation* sind. Er versteht die Menschenrechte als solche, die dem Staatsbürger als Einzelnem im Staat und auch gegenüber dem Staat zustehen.²⁸ In dieser Arbeit hat er auch seinen Standpunkt festgehalten, dass es ebenfalls eine Folge der Errungenschaften der Reformation sei, dass das preußische Gesetz (die Verfassung) von 1850 die allen Preußen zustehenden Rechte festlegt. Die Verfassung mit dem Titel *Von den Rechten der Preußen* enthält folgende Rechte: Gleichheit vor dem Gesetz, persönliche Freiheit, Bekenntnisfreiheit (Freiheit der Gründung einer religiösen Vereinigung), Recht auf Abhalten von Gottesdiensten zu Hause oder öffentlich, Lern- und Lehrfreiheit, Pressefreiheit, Recht auf Versammlung und Gründung einer Vereinigung. Sie verkündet außerdem, dass die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte unabhängig von der religiösen Überzeugung ist.

Die Befürworter des Naturrechts²⁹ verlautbarten die Idee, dass der Mensch, jeder Mensch Rechte hat, und brachten sie zur Geltung. Sie betrachteten den Staat als Gemeinschaft freier Individuen und Gleichheit und Freiheit als angeborene und natürliche Eigenschaften des Individuums. Die Denker des 17. und 18. Jahrhunderts begannen, diese Rechte im Einzelnen auszuführen, was dazu führte, dass sie immer umfassender zur Geltung kamen. Bei den Revolutionen, die Mitte der 1800er Jahre in Europa stattfanden, erkämpften sich die Bürger der einzelnen Staaten diese Rechte teilweise oder ganz. Diese Ideen *„eroberten im 18. Jahrhundert die öffentliche Meinung der Völker*

²⁶ Siehe Jellinek, Georg: Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte. (<http://www.gleichsatz.de/b-u-t/can/rec/jellinek1erklaerung.html>)

²⁷ Hörk, op. cit. S. 130.

²⁸ Hársing, op. cit. S. 99.

²⁹ So zum Beispiel John Locke, Samuel Pufendorf und Christian Wolf.

*Europas.*³⁰ Das war eine wichtige Errungenschaft des 19. Jahrhunderts, denn zuvor kannte man im Wesentlichen das Recht des Herrschers, das Recht der Stände und das Recht der Körperschaften (Zünfte). „Die Anerkennung der unvergänglichen und unveräußerlich-ewigen Rechte des Einzelnen, des Menschen durch den Staat ist der Segen der Reformation!“³¹

Die Rolle der Reformatoren bestand darin, dass sie die Wirkung der Reformation auf das Rechtsdenken und auf die Rechtsentwicklung erkannten und dann durch bewusste Arbeit verstärkten. Der Einfluss der Reformation auf das Recht war kein unmittelbarer. Er führte nicht dazu, dass ein Rechtszweig entstanden wäre, der die Gedanken der Reformation vermittelt und die Tätigkeit der Vermittler dieser Ideen geregelt hätte. Es handelt sich vielmehr um eine mittelbare Verbindung: Indem ihre Anhänger die Reformation in ihr Denken integrierten, durchdrang sie ihr Handeln und kam auf diese Weise in den verschiedenen Bereichen des Lebens, so auch im Recht, zum Tragen.

Die Menschenrechte sind die Errungenschaft der Reformation, sie sind aus den oben genannten Ideen entstanden. Ebenso leitete die Reformation die Macht vom Volk, von der Gemeinschaft ab und entwickelte so den Grundsatz der Volkssouveränität.

„Es ist eine unzweifelhafte greifbare Wahrheit, dass die Reformation die freiheitlichen Ideen in die Politik der Neuzeit und der jüngsten Zeit gebracht hat, dass sie als erste eindeutig und entschieden gegen die Legitimität, die Allmacht der Fürsten und den Absolutismus protestiert hat und aus tiefster Seele, aus religiöser und menschlicher Überzeugung, ohne jegliche egoistische Hintergedanken protestiert hat {...}.“³²

³⁰ Hörk, op. cit. S. 122.

³¹ Hörk, op. cit. S. 130.

³² Finkey op. cit. 1144. p.